

Zivilgesellschaft in Asien

Myanmar

Zivilgesellschaft im Fadenkreuz

Nach dem Putsch in Myanmar im Februar 2021 formierte sich breiter, zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die Junta. Die Militärs nahmen daraufhin die Zivilgesellschaft ins Visier, schränkten die Räume des Aktivismus entschieden ein und gingen mit Waffengewalt gegen Zivilist:innen vor.



Graffito in Yangon. (Foto: Henri Myrntinen)

Direkt nach dem Putsch begann das Militär politische Gegner:innen zu verhaften. Dabei beschränkten sie sich nicht auf Politiker:innen; auch Gewerkschafter:innen, zivilgesellschaftliche Aktivist:innen, Künstler:innen und religiöse Akteur:innen wurden innerhalb der ersten Tage inhaftiert. In Reaktion auf den Putsch organisierte sich Widerstand aus der Bevölkerung, die mit Demonstrationen und mit einer Kampagne des zivilen Ungehorsams ihre Opposition zeigte. Diese wurden von Sicherheitskräften mit Waffengewalt unterdrückt und viele der Demonstrierenden verhaftet. Daraufhin hielten die Demonstrant:innen Mahnwachen ab, die ebenfalls durch die Polizei angegriffen wurden.

Zerstörung der zivilen Räume

Angesichts der zunehmenden Gewalt kam es zu einer Flucht aus den Städten, woraufhin das Militär sein Vorgehen über die urbanen Regionen hinaus ausweitete. Im Zuge dieser Eskalation flammen auch alte Konflikte mit den bewaffneten ethnischen Minderheiten wieder auf. Bür-

ger:innen, die keinen Raum mehr für zivilen Widerstand sehen, schließen sich den neuen ‚Volksverteidigungskräften‘ an, die gemeinsam mit den bewaffneten ethnischen Organisationen militant gegen das Militär vorgehen. Um den Willen der Bevölkerung zu brechen, geht das Militär immer brutaler auch gegen Zivilist:innen vor: Artillerie und Luftschläge gegen zivile Ziele, Plünderung und Brandschatzung ganzer Dörfer, Folter und Misshandlung von Gefangenen, tödliche Gewalt gegen Demonstrant:innen und willkürliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung.¹

Angriffe auf Rettungskräfte

Dabei zielt das Militär auch auf Gruppen, die laut Völkerrecht einen besonderen Schutzanspruch haben. Schon während der frühen Demonstrationen gegen den Putsch wurden Ersthelfer:innen in ihrer Arbeit gehindert, verhaftet und angegriffen. Im weiteren Verlauf des Konflikts haben sich diese Übergriffe verschärft. Nachdem medizinisches Personal schon früh eine tragende Säule im zivilen Ungehorsam war, hat die Junta ihr Möglichstes unternommen ihre Kontrolle im Gesundheitsbereich auszuweiten. Sie hat Krankenhäuser besetzt, notwendige medizinische Ausrüstung und Medikamente beschlagnahmt und verlangt die tägliche Übergabe von Patient:innenlisten, um die Behandlung von Oppositionellen zu verhindern. Mediziner:innen, die sich diesen Auflagen widersetzen, wird die Lizenz entzogen. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund der andauernden COVID-19-Pandemie, die vom Militär durch Monopolisierung medizinischer Materialien als ein weiteres Druckmittel gegen die Bevölkerung eingesetzt wird.

1 AAPP (2022): Assistance Association for Political Prisoners (Burma). URL: <https://aappb.org/>

Zerschlagung der Gewerkschaften

Direkt nach dem Putsch wurden alle bestehenden Gewerkschaften zu illegalen Organisationen erklärt und Haftbefehle gegen weite Teile ihrer Führung erlassen. Um ihren Status wiederherzustellen, müssen sie einen Antrag an das Arbeitsministerium der Junta stellen, die den Tod und die Verhaftungen von Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen veranlasst hat. Dennoch waren die Gewerkschaften besonders in der frühen Phase der Proteste wichtig, da sie institutionelles Wissen über die Organisation von Demonstrationen und Streiks hatten, das für die frühe Kohärenz der Bewegung notwendig war.

Nach dem Entzug der Anerkennung durch die Junta, versuchen die Gewerkschaften direkte Unterstützung für Arbeiter:innen zu organisieren und eine Anlaufstelle für Hilfesuchende zu sein. Das Militär reagierte mit einer Ausweitung der Unterdrückung gegen Arbeiter:innen. In verschiedenen Vierteln wurden massenhaft Wohngebäude eingerissen, vorgeblich um gegen Hausbesetzer:innen vorzugehen. Arbeiter:innen sehen sich durch die COVID-19-Pandemie, politische Instabilität, Sanktionen und dem daraus resultierenden wirtschaftlichen Zusammenbruch vor einem Verlust ihrer Grundversorgung.

Journalismus kriminalisiert

Auch die Arbeit von Journalist:innen wird durch die Junta unterdrückt. Direkt nach dem Putsch wurde vielen nationalen Nachrichtenorganisationen die Lizenz entzogen. Gleichzeitig wurde das Strafgesetzbuch um den Paragraphen 505a ausgeweitet. Nun kann jede Äußerung, die Angehörige des Militärs dazu bringen könnte ihre Pflicht zu vernachlässigen, mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden. In der Praxis wurde so jede Kritik am Putsch und den Generälen kriminalisiert. Insgesamt sind seit dem Putsch über 100 Journalist:innen verhaftet² worden, während drei Journalisten umgebracht wurden. Die Dunkelziffer der Toten ohne offizielle Akkreditierung, besonders an den Frontlinien mit den bewaffneten ethnischen Organisationen, ist vermutlich um einiges höher.

2 RSF (2022): Detail of abuses by year. URL: https://rsf.org/en/barometer?exaction_pays_pays=129&exaction_pays_annee=2022

Zivilgesellschaftliche Organisationen bedroht

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind durch die Junta bedroht. Sobald das Militär annimmt, dass die Arbeit einer Organisation eine Gefährdung des absoluten Herrschaftsanspruchs darstellen könnte, durchsucht es ihre Räume und Unterlagen. Auch werden Mitarbeiter:innen und ihre Familien durch die Sicherheitskräfte eingeschüchert. So versucht das Militär beispielsweise die Versorgung von Binnenvertriebenen zu verhindern. Auch lokale Selbsthilfe- und Wohltätigkeitsorganisationen werden vom Militär als Bedrohung für ihre Kontrolle über die Bevölkerung wahrgenommen und verstärktem Druck ausgesetzt. Aber nicht nur Gruppen, die materielle Unterstützung bereitstellen, werden durch die Junta ins Visier genommen, sie fühlen sich auch durch auf zivilgesellschaftlichen Dialog angelegte Programme bedroht. Myanmar ist ein Land vieler Ethnien und unterschiedlicher Religionen. In diesem historischen Spannungsfeld, versucht das Militär zu verhindern, dass diese Konflikte im Angesicht eines gemeinsamen Feindes überwunden werden können.

Empfehlungen

Wir bitten die Abgeordneten des Bundestages sowie die Vertreter:innen der Bundesregierung sich im Dialog mit internationalen Organisationen dafür einzusetzen, dass

- diplomatischer Kontakt mit der NUG aufgenommen und jegliche mögliche Legitimation der Junta vermeiden wird;
- ein Prozess zur Konfliktlösung eingeleitet wird, um das brutale Vorgehen der Junta zu beenden und eine Rückkehr zur Demokratie zu begleiten;
- alle politischen Gefangenen freigelassen werden;
- in direkter Kooperation mit unabhängigen Organisationen humanitäre Hilfe bereitgestellt wird, um die Notlage im Land zu lindern;
- sowohl auf EU wie auch auf nationaler Ebene gezielte Sanktionen gegen das Militär und den ihm zugehörigen Industrien beschlossen und umgesetzt werden. ■